



# Bundestags- brief

Nr.230 • Die Woche im Bundestag • 06.07.2018



DEUTSCHER BUNDESTAG

**Prof. Monika  
Grütters MdB**

Tel.: 030/227 70222

Fax: 030/227 76223

monika.gruetters@  
bundestag.de

[www.monika-gruetters.de](http://www.monika-gruetters.de)

## **Bundeshaushalt 2018: Mehr Investitionen, keine Schulden und auch die Kultur steht sehr gut da!**

Mit dem Bundeshaushalt 2018 haben wir das vierte Jahr in Folge einen Haushaltsplan ohne neue Schulden beschlossen. Diese solide Haushaltsführung ist nicht nur Vorsorge für wirtschaftlich schlechtere Zeiten, sondern auch ein klares Zeichen, dass die CDU-geführte Bundesregierung ihre Politik nicht zu Lasten kommender Generationen macht. Im Gegenteil: auch in diesem Jahr wird der Bund mit dem Geld der Bürgerinnen und Bürger auskommen und kann seine Ausgaben ohne neue Kredite finanzieren. Im rund 345 Milliarden Euro schweren Haushalt spielen die Investitionen eine besondere Rolle.

Gegenüber dem Jahr 2017 erhöhen wir die Investitionen noch einmal um rund 6 Mrd. Euro auf insgesamt knapp 40 Mrd. Euro. Dies ist ein historisch hoher Wert. Die Investitionsquote liegt damit bei rund 11,5 Prozent der Gesamtausgaben. Einen großen Anteil an der Steigerung der Investitionsausgaben hat die vorgezogene Bereitstellung von 2,4 Mrd. Euro für den noch einzurichtenden „Digitalfonds“.

Hieraus sollen der Breitbandausbau und die digitale Infrastruktur in Schulen finanziert werden – Maßnahmen die nicht nur unser Land zukunftsfähig machen, sondern gerade auch den jungen Generationen zu Gute kommen.

Neben der Digitalisierung gehören auch die Themen Bildung und Forschung zu jenen gesellschaftlichen Zukunftsbereichen, die der Bund besonders fördert. Seit dem Amtsantritt von Angela Merkel ist der Haushalt für Bildung und Forschung mehr als verdoppelt worden. Von den Steigerungen im Bundeshaushalt 2018 profitieren insbesondere der Pakt für Forschung und Innovation, der Hochschulpakt 2020 sowie das BAföG und eine Aufstiegsfortbildungsförderung, für die 1,3 Mrd. Euro zur Verfügung stehen.

Einen starken Akzent setzt der Bund im Bundeshaushalt 2018 einmal mehr im Kulturbereich. Der Gesamthaushalt 2018 für Kultur und Medien steigt auf rund 1,78 Mrd. Euro an, das ist ein Plus von knapp 9 Prozent allein gegenüber dem Haushalt 2017. Gerade in Zeiten, in denen die Kultur für den Erhalt des gesellschaftlichen Zusammenhalts weiter an Bedeutung gewinnt, ist dies eine erfreuliche Entwicklung, die mich zuversichtlich stimmt. Kunst und Kultur als Brückenbauer sind mehr denn je gefragt; Kultur stiftet Werte und Identität und trägt zur Selbstvergewisserung bei.

Von den Erhöhungen profitiert unter anderem der Filmstandort Deutschland. 85 Millionen Euro werden für diesen Bereich zusätzlich zur Verfügung gestellt, um Filme und Serien „made in Germany“ auch zukünftig auskömmlich fördern zu können. 7,5 Millionen Euro stehen für den Ankauf national wertvollen Kulturguts zur Verfügung, die oftmals Bestandteil unserer nationalen Identität sind und vor allem einen unschätzbaren immateriellen Wert haben.

Weitere fast 25 Millionen Euro gehen schließlich in unsere Hauptstadt Berlin. Denn diese Mittel wurden im neuen Hauptstadtfinanzierungsvertrag unter anderem für die Förderung der Berliner Philharmoniker, der Berliner Opern und des Hauptstadtkulturfonds vereinbart.

Diesen Weg werden wir auch bei den Beratungen für den Bundeshaushalt 2019 fortsetzen, die direkt nach der parlamentarischen Sommerpause auf der Tagesordnung stehen. Denn nur mit solider Haushaltsführung und klugen Investitionen in Zukunftsbereiche wird Deutschland auch zukünftig den nationalen und internationalen Herausforderungen gerecht werden können.

## Mehr Geld für die deutsche Welle

Im Rahmen der Verhandlungen über den Bundeshaushalt 2018 erhält die Deutsche Welle für die nächsten Jahre einen weiteren finanziellen Schub. Der Bundeszuschuss wird um knapp 28 Millionen Euro erhöht.

In den Haushaltsverhandlungen haben die Abgeordneten der Koalition nun noch einmal sieben Millionen Euro für neue, bedeutsame Projekte wie einen türkischsprachigen Sender bewilligt.

Damit erhöht sich das Budget der Deutschen Welle 2018 auf insgesamt rund 325 Millionen Euro. So nähern wir uns dem im Koalitionsvertrag verabredeten Ziel, die Deutsche Welle finanziell auf Augenhöhe mit vergleichbaren europäischen Auslandssendern zu bringen.

Die Bundesregierung und die sie tragenden Fraktionen unterstützen die Aufgabenplanung der Deutschen Welle für die kommenden Jahre und stärken ihr den Rücken.

Der Sender ist die Stimme Deutschlands in die Welt. Gerade in Zeiten internationaler Krisen wird sie immer wichtiger. Von der Informations- und Pressefreiheit in Deutschland können viele Menschen weltweit nur träumen. Nur noch 13 Prozent der Weltbevölkerung haben Zugang zu freien Medien. In immer mehr Ländern werden Journalistinnen und Journalisten Zielscheibe autoritärer Regimes. Unabhängige Medien werden gezielt personell und finanziell ausgetrocknet.

Die Deutsche Welle setzt mit ihrem Programm genau dort an. Sie steht für Werte wie Presse- und Meinungsfreiheit, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Völkerverständigung.

Der Erfolg der Deutschen Welle spricht für sich. Die Anzahl der täglichen Nutzer ist auf 157 Millionen gestiegen. Sie geben dem Programm einen hohen Vertrauensvorschuss: 96 Prozent halten die Informationen für glaubwürdig – ein überragender Wert und ein hohes Gut! Mit diesem Pfund sollte der Sender weiter wuchern.

## Deutschlands Verteidigungsausgaben müssen steigen

Die USA haben in den vergangenen Jahren – auch schon unter der Regierung von Präsident Obama - immer wieder darauf gedrängt, dass die europäischen NATO-Staaten mehr im Bündnis leisten müssten.

Auch wenn der Ton des derzeitigen Präsidenten Trump etwas verstört: Diese Forderung nach einem fairen Lastenausgleich in der NATO war und ist grundsätzlich berechtigt.

Deutschland bemüht sich zusammen mit den anderen europäischen NATO-Staaten sehr intensiv, mehr im Bündnis zu leisten. Das gebietet schon unser eigenes sicherheitspolitisches Interesse.

Und unser Engagement ist jetzt schon groß: So ist Deutschland zweitgrößter Truppensteller der NATO-Mission in Afghanistan. Ebenso beteiligt sich die Bundeswehr zusammen mit anderen europäischen NATO-Partnern intensiv bei den Rückversicherungsmaßnahmen auf dem Territorium unserer baltischen Verbündeten.

Doch klar ist auch: Noch besteht erheblicher Nachholbedarf – vor allem bei den Verteidigungsausgaben. Der Koalitionsvertrag enthält deswegen ganz zu Recht ein grundsätzliches Bekenntnis zum Zwei-Prozent-Ziel von Wales. Die derzeitige mittelfristige Finanzplanung für den Verteidigungshaushalt bis 2022 kommt dem jedoch noch nicht nach.

Hier muss deutlich nachgelegt werden: Das erfordern unsere Glaubwürdigkeit und Verlässlichkeit im Bündnis. Vor allem aber: Die Bundeswehr braucht jeden zusätzlichen Euro, um ihren ungeheuren Investitionsbedarf zu decken.

Wir halten es darum für nötig, die Verteidigungsausgaben so zügig wie möglich auf zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu steigern.